

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme 5.430 "Erweiterung Grundschulen"**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
10.12.2020	Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
26.01.2021	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach genehmigt folgende

**Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NW**

Die Verwaltung wird ermächtigt, die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme „Erweiterung der Grundschulen“ in Höhe von 1.150.000 € zu veranlassen.

Gummersbach, den 07. Oktober 2020

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Torsten Stommel
Vorsitzender des
Finanz- und Wirtschafts-
förderungsausschusses

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Begründung:

Es ist beabsichtigt, die Schulstandorte Windhagen, Körnerstraße und Hülsenbusch durch Erweiterungsbauten zu vergrößern. Hierfür sind in den Jahren 2020 bis 2022 Haushaltsmittel in der Investitionsplanung enthalten.

Die Maßnahme an der Grundschule Windhagen ist bereits schlüsselfertig ausgeschrieben. Die Durchführung der Arbeiten in der Grundschule Körnerstraße war ursprünglich für 2021 vorgesehen und entsprechend wurden Mittel in den Haushaltsplan eingestellt. Allerdings liegen aktuell bereits ausschreibungsreife Unterlagen für die Gewerke Rohbau und Abbruch vor.

Um hier ebenfalls zügig den dringend benötigten Raum zu schaffen, der Raumbedarf hat sich aufgrund der Hygienevorschriften im Rahmen der Corona-Pandemie weiter verschärft, soll der für 2021 eingeplante Haushaltsansatz von 1.150.000 € als Verpflichtungsermächtigung in 2020 bereitgestellt werden. So könnten für die Grundschule Körnerstraße ab sofort die Ausschreibungen beginnen und so die Fertigstellung des Gesamtprojekts um mehrere Monate vorgezogen werden.

Als Nebeneffekt sind günstigere Baupreise zur Sicherung der Auftragslage zu Beginn des Jahres 2021 zu erwarten.

Aufgrund der vorgesehenen Sitzungstermine konnte mit der Bereitstellung Verpflichtungsermächtigung nicht bis zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach gewartet werden.